

Die Krise in Nepal: Kein Lichtschimmer in Sicht

von Karl-Heinz Krämer

Der vorangehende Hauptartikel ist die erweiterte Version eines Vortrags, den ich am 30. April 2005 auf dem Nepal-Tag der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft gehalten habe. Am Vorabend dieses 30. April hat König Gyanendra den Ausnahmezustand nach drei Monaten für beendet erklärt. Ich möchte daher an dieser Stelle dieses Ereignis und seine Folgen kurz bewerten.

Direkte Veränderungen hat die Erklärung des Königs nicht gebracht. Bereits die Aussage Gyanendras war wenig konkret. So fehlten wichtige Aussagen zur

- Wiederherstellung von Presse- und Meinungsfreiheit
- Freilassung von tausenden verhafteten oder unter Hausarrest stehenden Personen,
- Aufhebung des Verbots politischer Aktivitäten,
- Freizügigkeit von Akademikern, Menschenrechtlern, Juristen, Journalisten und Politikern,
- Wiederherstellung der Souveränität des Volkes und der verfassungsmäßigen Gewaltenteilung,
- Auflösung der königlichen Korruptionskontrollkommission (RCCC), deren Existenzberechtigung unmittelbar mit dem Ausnahmezustand in Zusammenhang stand.

In der Tat änderte sich nach der angeblichen Aufhebung des Ausnahmezustands sehr wenig. Zwar wurden in den folgenden Wochen nach und nach einige politische Gefangene oder unter Hausarrest stehende Personen freigelassen, doch gab es gleichzeitig auch immer wieder neue Verhaftungen und Schikanen. Personen, die aufgrund von Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes entlassen werden mußten, wurden häufig vor dem Gerichtsgebäude erneut verhaftet.

Mit königlichen Verordnungen wurde das Presserecht trotz nationaler und internationaler Proteste weiter verschärft. Die zahlreichen lokalen und privaten Radiosender und ihre Mitarbeiter stehen angesichts des andauernden Verbots von Nachrichten und Informationssendungen sowie des Ausbleibens staatlicher Werbebeiträge vor dem wirtschaftlichen Ruin. Die unabhängigen Medien sollen eindeutig kaputtgemacht werden. Bei größeren Unternehmen, wie Kantipur, wird seitens der königlichen Regierung nachgeholfen, indem zuvor genehmigte und mit großen finanziellen Investitionen verbundene Erweiterungen widerrufen werden.

Die RCCC zieht weiter ihre Kreise und bemüht sich, führende Parteipolitikerpolitiker zu diskreditieren. Einer der bekanntesten dieser Politiker, der dreimalige Premierminister Sher Bahadur Deuba, weigert sich, vor dieser Kommission auszusagen, weil er ihre Existenzberechtigung bestreitet. Er befindet sich seit April in Haft. Die Verfahrensweise der RCCC erinnert zunehmend an die gerichtlichen Verfolgungen führender Politiker in der Panchayat-Zeit, wie B.P. Koirala und Ganesh Man Singh.

Die Amtszeit der im Jahre 2000 vom Parlament eingesetzten National Human Rights Commission (NHRC) ist Ende Mai 2005 abgelaufen. Obgleich nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen für eine Verlängerung der Amtszeit plädiert hatten, ließ König Gyanendra diese Gelegenheit nicht ungenutzt und ernannte eine neue Kommission mit Personen, von denen weniger Kritik am

königlichen Regime und den Sicherheitskräften zu erwarten ist; lediglich der ohnehin als königsnah eingeschätzte Vorsitzende Nayan Bahadur Khatri wurde im Amt bestätigt. Eines der Kommissionsmitglieder, Sushil Pyakurel, hatte sich wenige Tage zuvor bereits aus Gründen der persönlichen Sicherheit ins indische Exil abgesetzt; er war wiederholt von den Sicherheitskräften an der Ausübung seiner Aufgabe gehindert worden.

Doch trotz der andauernden Repressalien lassen die Kritiker des Regimes nicht locker und demonstrieren unter Mißachtung des Verbots auf den Straßen Kathmandus. Nicht nur die politischen Parteien, von denen sich sieben zu einer gemeinsamen Front zusammengeschlossen haben [Nepali Congress, CPN (UML), Nepali Congress (Democratic), Jana Morcha Nepal, Nepal Majdur Kisan Party, Nepal Sadbhavana Party (Ananda Devi), Samyukta Bam Morcha], sondern auch intellektuelle Interessenverbände wie die Nepal Bar Association (NBA) und die Federation of Nepalese Journalists (FNJ) bringen immer wieder hunderte oder gar tausende ihrer Mitglieder zu Protesten auf die Straße. Trotz des meist friedlichen Charakters dieser Demonstrationen kommt es oft zu gewaltsamen Gegenmaßnahmen der Polizei. Selbst Flüchtlinge vor dem maoistischen Volkskrieg und den Gegenmaßnahmen der Armee (ihre Zahl wird inzwischen auf 200.000 geschätzt) werden bei Demonstrationen verhaftet oder von der Polizei brutal zusammengeprügelt; kürzlich starb sogar eines der Opfer dieser Polizeimaßnahmen.

Unterdessen gibt es bezüglich des maoistischen Aufstands keine positiven Entwicklungen, obgleich König Gyanendra seine absolute Machtergreifung vom 1. Februar 2005 ausschließlich mit der Wiederherstellung des Friedens begründet hat. Im Gegenteil, die Auseinandersetzungen zwischen Maoisten und Militär nehmen immer brutaleren Züge an. Die Zahl der zivilen Opfer des Konflikts dürfte seit der königlichen Machtübernahme noch weiter in die Höhe gegangen sein. Am 6. Juni 2005 sprengten die Maoisten in Chitwan gezielt einen überfüllten Bus in die Luft; es gab 38 Tote und über 70 Verletzte. Es klang wie Hohn, wenn sich der Maoistenführer Prachanda ob dieser hohen Zahl von zivilen Opfern hinterher betroffen zeigte und entschuldigte. Der Konflikt ist längst völlig außer Kontrolle geraten und kann ohne eine neutrale internationale Vermittlung, beispielsweise durch die UN, gar nicht mehr beendet werden. Hierzu müßte König Gyanendra allerdings sein Versagen und seine zahlreichen Fehler der letzten Jahre eingestehen, was nicht zu erwarten ist.

Der König bemüht sich statt dessen nach wie vor um eine internationale Unterstützung seines autoritären Weges. Die Hoffnung auf Waffenlieferungen von China oder Pakistan haben sich inzwischen zerschlagen. Indien und die USA betreiben ihrerseits eine sehr undurchsichtige Politik, weil sie auf keinen Fall eine Machtergreifung der Maoisten in Nepal wünschen. Die für die weitere Bekämpfung der Maoisten notwendigen Waffen scheint die nepalische Armee aber von beiden Ländern bisher nicht erhalten zu haben. Daher bemüht man sich jetzt neutral auf dem internationalen Waffenmarkt. Die katastrophalen Auswirkungen auf den Staatshaushalt sind bereits ablesbar.

Die internationale Staatengemeinschaft zeigt sich unverändert besorgt über die Unterdrückung von Demokratie und Menschenrechten in Nepal. Die EU und Indien erzürnten die königliche Regierung mit einer offenen Unterstützung der Sieben-Parteien-Koalition. Letztere tritt für die Wiederherstellung der demokratischen Ordnung durch eine Wiederbelebung des Ende Mai 2002 aufgelösten Parlaments ein (das Programm der Parteienkoalition kann im Internet über den Link http://nepalresearch.org/politics/coup_2005/papers/common_agenda.pdf eingesehen

werden). König Gyanendra lehnt dies allerdings grundsätzlich ab. Befürworter der königlichen Politik unterstützen diese Haltung, indem sie die fehlende konstitutionelle Grundlage für ein derartiges Vorgehen betonen. Dabei lassen sie außer acht, daß es für die Vorgehen König Gyanendras seit dem 4. Oktober 2002 auch keine Rechtsgrundlage in der Verfassung gibt. Die Parlamentsauflösung vom Mai 2002 war gemäß Artikel 53 (4) an die Auflage gebunden, daß innerhalb von sechs Monaten Neuwahlen durchzuführen waren. Daraus ergibt sich, daß die Parlamentsauflösung automatisch ungültig war, als die Wahlen nicht durchgeführt werden konnten. Die Zerstörung der demokratischen Ordnung durch König Gyanendra war völlig überflüssig.

[Links zu aktuellen Informationen und Dokumenten zur Krise in Nepal sind auf der Einstiegsseite meiner Internetseite zusammengestellt: <http://nepalresearch.org>]